

Neuss-Grevenbroicher Zeitung 23. Oktober 2000

Katastrophenschutz-Übung simulierte brechende Deiche: "Rheinflut 2000": Test für den Ernstfall

Kreis Neuss. Krisenstimmung herrschte Montag in den Lagezentren der Rheinanlieger im Regierungsbezirk Düsseldorf, im Katastrophenschutz-Center der Bezirksregierung liefen die Drähte heiß: Unter dem Namen "**Rheinflut 2000**" probten die Führungskräfte von Polizei, Feuerwehr, Bundeswehr, Technischem Hilfswerk und Wasserwirtschaft den Ernstfall - Flutwellen und brechende Deiche. Nach der - fiktiven - Ausgangslage stiegen die Pegel nach starken Regenfällen unaufhaltsam, **11.000 Kubikmeter Wasser pro Sekunde** strömten den Rhein hinunter. Hochwasser - hier ein Archiv-Bild des Fähranlegers bei Zons - kann zur ernststen Bedrohung für die Siedlungen hinter den Deichen werden. Unter der Regie des Katastrophenschutz-Centers der Bezirksregierung Düsseldorf spielten die Führungskräfte von Polizei, Bundeswehr, Feuerwehr und Technischem Hilfswerk am Montag den Ernstfall durch. NGZ-Foto: M. Reuter

Im Normalfall sind es 2.000, beim Hochwasser 1995 waren es 10.000 Kubikmeter. "Ziel der Übung war es, die **Abwehr von Hochwassergefahren als Großschadensereignis** und die damit verbundene **Gefahrenabwehrplanung** zu erproben", erklärte Regierungspräsident **Jürgen Büssow** bei einer ersten Zwischenbilanz der ganztägig angelegten Übung gestern Mittag. Als erstes Ergebnis der Übung nannte er Einschränkungen bei der Bereitstellung von Hilfskräften und Material auf Seiten der Bundeswehr sowie Mängel bei der Kommunikationstechnik. "Da wurden zum Beispiel falsche Faxnummern angewählt", sagte Büssow.

In Zukunft, so die Konsequenz, müssten die verschiedenen Leit- und Krisenstäbe verstärkt online, per E-Mail, miteinander Kontakt halten. Dies sei nicht nur schneller, sondern auch sicherer. "Heute müssen teilweise Telefongespräche noch von Hand protokolliert werden", ergänzte **Hans-Jürgen Bosch**, Leiter der Übung "Rheinflut 2000", die übrigens nur in den Lagezentren durchgespielt wurde. Die Einsatzfahrzeuge konnten in den Garagen bleiben. Eng wurde es auch bei Mann und Material der Bundeswehr. So standen zu wenig "Faltstraßen" zur Verfügung, mit denen aufgeweichte Zufahrtswege hinter den Deichen wieder befahrbar gemacht werden können, um Sandsäcke oder Kies an kritische, vom Durchbrechen bedrohte Stellen zu bringen.

Wegen der starken Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Einsätzen im Ausland standen im Regierungsbezirk Düsseldorf außerdem gestern in den ersten 24 Stunden nach Eintreten des "Katastrophenfalles" nur 400 Soldaten zur Verfügung. "Darauf muss die Bundeswehr reagieren und schneller Unterstützung aus anderen Bereichen heranzuführen", sagte Büssow. Eine andere Lösung im Mangelfall: Wo im Ernstfall Lastwagen und Sand nicht ausreichend zur Verfügung stehen, könnte das fehlende Material bei Privatfirmen requiriert werden.

Grundsätzlich jedoch, so stellte der Regierungspräsident fest, hätten alle Einsatzkräfte richtig reagiert: "Es wurde rechtzeitig Kontakt miteinander aufgenommen und die angeordneten Maßnahmen wurden abgestimmt." Letzteres sei vor allem dann von Bedeutung, wenn - wie in einem Schwerpunkt Gebiet der Übung, den Kreisen Wesel, Kleve und der Stadt Duisburg - zum Beispiel ein brechender Deich Bewohner von zwei Städten oder Kreisen bedrohe: "Wird auf der einen Seite entschieden, die Menschen zu evakuieren, während die Behörden der anderen Seite noch abwarten, entsteht Panik, was auf jeden Fall vermieden werden muss."

Im Ernstfall sei es in solchen Fällen Aufgabe der Bezirksregierung, auf ein abgestimmtes Vorgehen zu achten und es im Zweifelsfall anzuordnen. Einsatzkräfte und Organisatoren lobten die Übung als unabdingbar für einen effektiven Einsatz, falls die "Rheinflut" wie 1995 oder 1993 erneut Wirklichkeit werden sollte. Die Auswirkungen solcher "Großschadensereignisse" seien nicht zu unterschätzen. Allein ein Deichbruch bei Wesel oder Kleve könne Schaden in einer Höhe von zehn bis 20 Milliarden Mark verursachen. **Frank Kirschstein**